

## „Diese Hilfe hat mir selbst geholfen“

Die gewaltige Spendenaktion von Klaus-Peter Albert

Klaus-Peter Albert hat Dutzenden Flutopfern im Ahrtal geholfen – und ist dabei an seine eigenen Grenzen gestoßen. Was treibt den 63-Jährigen an?

VON EVA SUDHOLT

**WELT:** Was war da los bei Ihnen am 17. Juli 2021?

**KLAUS-PETER ALBERT:** Heute würde ich vieles anders angehen. Aber an diesem Sommertag war es schon zu spät, der ganze Hof voller Menschen, Säcke, Kisten.

**Wie kam das?**

Meine Frau und ich hatten in der Nacht das „Heute-Journal“ geschaut. Claus Kleber sagte, man könne die Opfer der Flutkatastrophe mit Sachspenden unterstützen. Ich also ran an den Computer, Facebook auf, ja, und dann habe ich diesen Aufruf gestartet: Wer könne, solle uns Klamotten bringen, die würde ich dann ins Ahrtal schaffen.

**Woher der Antrieb, sofort zu helfen?**

Ich habe so viel Glück gehabt in meinem Leben. Es ist, als hätte ich fünf Leben gelebt, und das nur, weil es immer Menschen gab, die mich unterstützt haben. Es ist an der Zeit, etwas zurückzugeben. Ich gebe auch zu, diese Hilfe hat mir selbst geholfen, jetzt aber erst mal zurück zum 17. Juli.

**Ihr Aufruf zeigte Wirkung.**

Leider zu gut. Ich hatte inzwischen erfahren, dass an Kleidung nicht viel Bedarf bestand. Aber die Aktion war nicht mehr zu stoppen. Am nächsten Morgen bin ich also los, das Rote Kreuz nahm noch Kleidung an, aber es war völlig überdimensioniert. Als ich nachts nach Hause kam, stand das Grundstück wieder voll. Ich habe den Wagen noch mal vollgepackt und bin um sechs Uhr morgens wieder hin. Da wusste ich, das funktioniert so nicht.

**Was wurde dringend gebraucht?**

Jedenfalls keine gebrauchte Unterwäsche. Wir sind hier ja nicht in der Dritten Welt. Für wenig Geld bekommen sie das Nötigste bei Kik und NKD. Was sie brauchen, ist meistens Geld. Aber auch Werkzeug, Maschinen, und weil nachts organisierte Pliänderer kamen, brauchten sie sicheren Stauraum, zum Beispiel Überseecontainer, die wir besorgten.

**Wie haben Sie das Geld beschafft?**

Heute bin ich Rentner, aber durch meinen Werdegang bin ich super vernetzt. Im Juli hat außerdem mein Präsidentenjahr im örtlichen Lions-Club begonnen. Ich habe als Spendenkonto die Kontonummer des Clubs genutzt und konnte Spendenquittungen ausstellen. So kamen 600 Spender zusammen und durch sie 235.000 Euro. Dazu noch mal Sachspenden in Höhe von 35.000 Euro. Ich habe den Spendern versprochen, dass ich mich persönlich darum kümmern werde, wo ihr Geld hinget.



Klaus-Peter Albert (r.) mit Flutopfer Oliver Heiermeier aus dem Ahrtal

**Zum Beispiel an die Familie mit drei Kindern, die ihren ganzen Besitz verloren hat. Das Jüngste war sieben Tage alt, die Mutter konnte mir ihrer Kaiserschnittwunde kaum laufen.**

Ohne Schuhe irrte der Vater auf der Suche nach Milchpulver umher, aber kein Geschäft war auf. Die Unterkünfte waren voll. Sie kamen in einem Kloster unter, dann vorübergehend in einer Wohnung in Bonn, sie wussten nicht, wie es danach weitergehen soll. Ich wollte so wenig Bürokratie wie möglich. Die Familien füllten einen einfachen Fragebogen aus, was genau passiert war und was sie am dringendsten brauchten, und schickten uns noch eine Flutopferbescheinigung ihrer Gemeinde. Auf diese Art haben wir 50 Familien unterstützt.

**Es kamen damals viele Helfer, aber natürlich nur vorübergehend.**

Die Flutopfer sind ihnen sehr dankbar, ohne die wären wir verloren gewesen, sagen sie. Damals war ich insgesamt zwölf Tage an der Basis, habe mitgeschliffen und -geschleppt. Das hat mich ziemlich mitgenommen, vielleicht bin ich auch einfach zu sensibel. Die Familien haben je

denfalls noch immer ein enormes Redebedürfnis. Noch immer stehen sie vor den Trümmern und erzählen zum x-ten Mal, wie das Wasser kam. Ich wollte keinen einmaligen Einsatz, ich wollte mit den Menschen verbunden bleiben.

**Woher kommt dieser Drang?**

Ich habe in meinem Leben immer wieder Menschen getroffen, die mich aufgerichtet haben. Ich komme aus einfachen Verhältnissen, einer Arbeiterfamilie aus dem Spessart. Ich hatte tolle Eltern, aber ich wollte da raus, raus aus dieser mir viel zu kleinen Welt. Dann bin ich als Erster aus unserem Dorf aufs Gymnasium gekommen. Und habe es nicht geschafft, ich musste die Schule abbrechen. Nicht doof, eher faul. Was für eine Niederlage für mich, für meine Eltern. Heute würde ich sagen, das war auch mein Glück.

**Warum?**

So habe ich die Welt gesehen. Ich habe Maschinenschlosser gelernt und bin auf Montage in die Sowjetunion gegangen. Zurück in Deutschland habe ich mit meiner ersten Frau eine Diskothek geführt. Wir machten richtig Geld, wir sind durch die ganze Welt geflogen, haben in teuren Hotels gewohnt. Ich habe so viel Scheiße gekauft. Ich habe damals Pelzmäntel getragen! Ich war so ein richtiges Arschloch. Irgendwann war ich mir selbst zuwider. Mit 10.000 Mark und einem schicken Auto bin ich bei meiner ersten Frau ausgezogen. Mit einem Partner habe ich dann wieder ganz klein angefangen und einen lokalen Verlag gegründet. Dann hatte ich eine Druckerei, dann wurde ich Motorradrennfahrer, dann habe ich eine sehr erfolgreiche Werbeagentur gegründet, es taten sich immer wieder neue Chancen auf. Ich habe eine wunderbare Frau seit 35 Jahren. Leider keine Kinder. Und für mein aufregendes Leben habe ich mit gesundheitlichen Zwischenfällen bezahlt. Aber auch das ist überstanden.

**Sie sagen, durch die Hilfe hätten Sie auch zu sich selbst gefunden.**

Bei meinem bunten Leben habe ich manchmal die Bodenhaftung verloren – bei Motorradrennen besonders schmerzhaft. Gott sei Dank bin ich ruhiger geworden. Ich habe mir irgendwann gesagt, nun sei doch so, wie du bist. Ich wollte back to the roots, zum Wesentlichen. Ich hätte gerne noch meinem Großvater davon erzählt. Er hätte jetzt sicher gesagt, siehst du, das hättest du dir früher nie zugetraut, aber schau nur, was dir da gelungen ist.

**An Weihnachten sind Sie ins Ahrtal zurückgekehrt.**

Mit mehr als 800 Geschenken sind wir los und haben bei den Leuten geklingelt. Das ging brutal unter die Haut.

**Haben Sie seit dem letzten Juli vergleichbare Großspender getroffen?**

Das nicht. Aber sehr viel Hilfsbereitschaft unter den Betroffenen. Wie den Zimmermann Oliver, der in einem Wohnwagen lebte, bis der vom Wasser zerstört wurde. Als ich ihm etwas Bargeld geben wollte für Klamotten, sagte er, gib's mal der türkischen Familie nebenan, die hat es viel härter getroffen als mich. Die lebt noch heute in ihrer Garage neben ihrem zerstörten Haus. Oliver hat heute einen neuen Wohnwagen. Er hat mir zum Dank ein ganz teures Messer geschenkt, so in Machetendimension, für über 100 Euro! Ich so: Spinnst du? Aber er bestand darauf.

**Auch Danke sagen hilft in der Not.**

Tatsächlich trifft man viele, die sich schwertun, Hilfe anzunehmen. Eine 80-Jährige sagte zu mir, sie ärgere sich so über sich selbst, damals bei der Oderflut sei sie gar nicht auf die Idee gekommen zu spenden, und nun komme auch von dort das Geld. Eine andere ältere Dame sprach mich neulich auf der Straße in meinem Heimatort Faulbach an. Sie öffnete ihr Portemonnaie und drückte mir 95 Euro, also alles, was sie darin hatte, als Spende in die Hand. Das sind Erlebnisse, von denen ich heute zehre, die mir bewusst machen, ich habe vieles richtig gemacht. Teure Accessoires habe ich durch, solche Momente sind jetzt wertvoll für mich. Ein Freund sagte früher mal zu mir: Wir halten in unseren ICEs immer nur an den großen Bahnhöfen. Die kleinen, beschaulichen sehen wir gar nicht mehr. Das hat sich verändert bei mir. Ich will an den kleinen, beschaulichen Bahnhöfen halten und verweilen.

In drei der 18 Altenheime, die sein Unternehmen betreibt, hat Hubertus Seidler gerade eine kleine, informelle Umfrage zur Impfpflicht gemacht. Das Ergebnis erschreckte den Chef der Bühler SWB Wohnstift Betriebs GmbH. In jedem der Häuser wollen nach seinen Worten mindestens vier bis fünf Leute kündigen, wenn ab 16. März im Gesundheitssektor eine Corona-Impfpflicht gilt. Das heißt: Mindestens fünf Prozent der Beschäftigten planen die Abwanderung in andere Branchen.

VON HANNELORE CROLLY

Zudem warten zahlreiche Ungeimpfte vermutlich ab, statt sich impfen zu lassen, um dann gegen eine mögliche Kündigung vors Arbeitsgericht zu ziehen. Davon abgesehen, dass Seidler am liebsten keinen einzigen seiner Mitarbeiter entlassen oder freistellen würde: Wie eine Klage ausgeht, wenn sie beispielsweise eine jahrzehntlang beschäftigte Buchhalterin Ende 50 ohne Bewohner-Kontakt anstrengt, ist nach Meinung von Arbeitsrechtlern völlig offen. Zwar muss laut dem im Dezember vom Bundestag beschlossenen Impfpflicht-Gesetz jeder Mitarbeiter im Gesundheitswesen ab 16. März geimpft sein. Das gilt also für den Hausmeister genauso wie für die Küchenhilfe, die Reinigungshilfe und IT-Fachkraft. Aber ob diese Pflicht tatsächlich Bestand hat, müsste vermutlich vor höchsten Gerichten ausgefochten werden.

Nach einem vom baden-württembergischen Sozialministerium in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten zumindest wirft die Beschränkung auf bestimmte Berufs- oder Bevölkerungsgruppen bei der Impfpflicht schwierige Abgrenzungsfragen auf. Hinzu käme die Belastung des Etats der Arbeitsagentur, wenn sich plötzlich Abertausende Gekündigte arbeitslos melden würden. Auch das kann sich die Bundesregierung kaum wünschen. Hubertus Seidler appelliert derzeit an seine Mitarbeiter: „Ruhe bewahren und bitte nicht weglaufen“, sagt er ihnen: „So, wie das geplant ist, kann es eigentlich nicht umgesetzt werden.“

Nicht nur die SWB sieht ein gewaltiges Problem auf die Pflege und das Gesundheitswesen zukommen. Immer mehr besorgte Heimträger melden sich zu Wort, die ab Mitte März Mitarbeiter freistellen oder gar kündigen müssen, die sie eigentlich dringend bräuchten. Michael Stöffelmeier etwa, Vorstandschef des Caritas-Verbands Schwarzwald-Baar, sucht schon jetzt händeringend nach Pflegekräften, weil wegen der Impfpflicht jeder Zehnte in seiner Belegschaft den Job aufgeben wolle. Jochen Kessler-Rosa, Regionalbeauftragter der Diakonie Unterfranken, bangt um die gute Betreuung von Senioren, Behinderten und anderen Pflegebedürftigen. Viele Pflegeheime hätten bereits Aufnahmestopp verhängt. „Die Sorge, fast so etwas wie Panik, kommt allmählich auf, wie das die nächsten Wochen gehen soll“, sagt er. Beim ambulanten

## Die Angst vor dem großen Exodus der Pflegekräfte

Die Branche gerät in ernste Unruhe: Mitte März könnten wegen der Impfpflicht Tausende Mitarbeiter kündigen. Stehen dann Bedürftige ohne Versorgung da?



PICTURE ALLIANCE/ DPA/ FRANK MÖLTER

Pflegedienst PÖV, einer Sozialstation in Berlin-Spandau, könnte jeder Fünfte der 300 bisher versorgten Bedürftigen seine Pflegekraft verlieren, weil ein Viertel der 64 Mitarbeiter ungeimpft ist und viele von ihnen über einen Job-Wechsel nachdenken. Sollten sie tatsächlich „zu Aldi an die Kasse gehen“, wie eine Fachkraft sagte, dann müsste PÖV sein Angebot reduzieren. Ginge es in anderen ambulanten Diensten bundesweit ähnlich, dann stünden von heute ab morgen im März Tausende von Menschen ohne Versorgung da. Allein in Berlin sind etwa 150.000 Menschen auf Besuche von mobilen Pflegekräften angewiesen.

Als die Impfpflicht für Pflegeberufe im Dezember im Bundestag beschlos-

sen wurde, hatte es zwar schon Warnungen gegeben, doch erhört wurden sie nicht. Die Impfpflicht für einzelne Berufsgruppen sei „falsch und kontraproduktiv“ und werde den Pflegenotstand verschärfen, hatte etwa Verdi-Gewerkschaftssekretär Jan von Hagen gesagt. Doch die Bedenken wurden mit Verweis auf Frankreich weggewischt: Dort hätten nur ganz wenige Pfleger den Dienst quittiert, hieß es. Davon abgesehen, dass es entsprechende belastbare Zahlen nicht gibt: Auch Abgänge in einer Größenordnung von ein oder zwei Prozent würden die schon jetzt auf Kante genähten Dienstpläne schwer belasten. Mitte Dezember gab das Robert-Koch-Institut die Impfquote im Gesundheitsbereich zudem mit 81 Prozent

## Ampel ringt um Antwort auf Atompläne der EU

Enthalten oder vor der Abstimmung noch nachverhandeln – SPD, Grüne und FDP sind sich uneins

Wenn es nach Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gegangen wäre, hätte die EU-Kommission ihre neuen Leitlinien für private Investitionen in Atom- und Gaskraftwerke möglichst geräuschlos auf den Weg gebracht. Die Einstufung von Kernkraft und Erdgas als umweltfreundliche Technologien, die in der sogenannten Taxonomie-Verordnung geregelt werden soll, sei „völlig überbewertet“, hatte Scholz jüngst erklärt.

VON NIKOLAUS DOLL

Die Grünen sehen das jedoch anders. Der Koalitionspartner will keinesfalls hinnehmen, dass Atomkraft per Verordnung als nachhaltig und klimaschonend ausgewiesen wird und private Geldgeber in Europa damit zu Investitionen in entsprechende Anlagen ermuntert werden. Eine Zustimmung zur Taxonomie „sehe ich nicht“, sagt Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne). Und auch die Liberalen stehen den Atomplänen der Brüsseler skeptisch gegenüber: „Dass die Bundesregierung zum Thema Kernenergie eine andere Auffassung vertritt als die Kommission, ist bekannt“, hatte FDP-Chef Christian Lindner erklärt.

Nun regt sich vor allem bei den Grünen und in der SPD lautstark Widerspruch gegen das grüne EU-Label für Atomkraft. In Regierungskreisen heißt es, am Ende bleibe wohl keine andere Wahl, als sich bei der Abstimmung über

die EU-Verordnung zu enthalten – was einigen Unmut in der Brüsseler Kommission und bei den Mitgliedstaaten auslösen dürfte. Schließlich hat Deutschland mit massivem Einsatz durchgesetzt, dass auch Gaskraftwerke als klimaschonend gelten sollen. Dafür wird im Gegenzug erwartet, dass Berlin den Kompromiss zur Kernenergie mitträgt.

Angesichts dieses Dilemmas wäre für Scholz eine Enthaltung auf den ersten Blick die Lösung mit dem geringsten Kollateralschaden. Denn eine Zustimmung zur Taxonomie-Verordnung ist angesichts des Widerstands der Grünen wie bei Teilen der SPD kaum möglich. „Eine Ablehnung der EU-Pläne wäre dagegen ein offener Affront, das ist keine Option“, heißt es in der SPD-Fraktion. In der Ampel-Koalition herrscht über das weitere Vorgehen allerdings bislang keine Einigkeit.

„Ich halte nichts von einer Enthaltung der Bundesregierung bei der Abstimmung zu der Taxonomie-Verordnung“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, Lukas Köhler, WELT. „Deutschland sollte alles tun, um künftig eine aktivere Rolle bei wichtigen Entscheidungen in Europa zu spielen. Das tut man nicht durch Enthaltungen.“

Tatsächlich würde die Ampel-Koalition damit dem wenig leuchtenden Vorbild der großen Koalition folgen, die aufgrund interner Differenzen häufig bei Entscheidungen zu energiepolitischen Fragen auf EU-Ebene darauf verzichten musste, sich zu positionie-

ren. „Anders als die Vorgängerregierung hat diese Bundesregierung den Anspruch, Klimaschutz und erneuerbare Energien auf EU-Ebene mit Nachdruck voranzutreiben“, sagt der parlamentarische Staatssekretär im Klimaschutzministerium, Oliver Krischer (Grüne), WELT. Eine Entscheidung zu einer Enthaltung sei noch nicht gefallen. „Wie die Bundesregierung am Ende über die Vorlage der Kommission abstimmt, kann noch nicht feststehen. Wir haben ja noch nicht einmal eine finale Fassung. Diese Festlegung erfolgt naturgemäß erst dann, wenn auch die Grundlage endgültig ist.“

Damit bleiben der Bundesregierung vor einer Abstimmung theoretisch noch zwei Handlungsoptionen: eine Klage gegen den EU-Entwurf, die allerdings kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte. Nach Ansicht von Kommissionsvertretern ist die Verordnung unanfechtbar. Die letzte Alternative wäre es, Nachverhandlungen mit der Kommission zu führen. „Wir haben unsere kritische Haltung zur Einstufung der Atomkraft deutlich gemacht und werden das auch weiterhin tun“, kündigt Krischer an. Auch die SPD-Energieexpertin Nina Scheer fordert weitere Gespräche mit der Kommission. Scheer räumte zugleich ein, dass es angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der EU schwer werde, den Entwurf der EU-Kommission noch zu ändern.

Die Liberalen sind da nicht nur optimistischer, sie machen auch konkrete Vorschläge: „Wir sollten auf Nachverhandlungen setzen. Zum Beispiel soll-

an. Dass durch den Druck der Impfpflicht die 100 Prozent auch nur annähernd erreicht werden könnten, scheint angesichts des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung ausgeschlossen. Wenn am Ende aber zehn Prozent der Pflegekräfte von Altenheimen ungeimpft blieben, wären allein das bundesweit 70.000 Personen, die in den Einrichtungen fehlen. Ersetzen lässt sich das keinesfalls. Selbst ein Noteinsatz der Bundeswehr könnte nur wenig ausrichten.

Schon jetzt haben Pflegeheim-Betreiber wie die SWB Wohnstifte große Probleme, offene Stellen zu besetzen. Geschäftsführer Seidler hat daher eigens in Danzig ein Akquise-Büro für polnische Mitarbeiter eingerichtet. Gerade erst seien darüber vier Beschäftigte angeworben worden, sagt der SWB-Gesellschafter – „sehr mühsam, denn Polen zahlt mittlerweile auch deutlich besser, damit ihnen die Leute nicht länger weglaufen“. Diese vier Neuzugänge, die erst seit ein paar Wochen in Deutschland sind, wollten samt und sonders nach Polen zurückkehren, wenn sie sich tatsächlich impfen lassen müssten.

Gemeinsam mit anderen Trägern hat der unterfränkische Diakonie-Beauftragte Kessler-Rosa deshalb einen Brandbrief an Landtags- und Bundestagsabgeordnete geschickt, um auf die drohende Notlage hinzuweisen. Die auf den Gesundheitssektor beschränkte Impfpflicht habe auch deshalb „katastrophale Auswirkungen“, weil den Pflegekräften damit die Solidarität der restlichen Gesellschaft verweigert werde. „Wir sollten alle gemeinsam in einem Boot sitzen und nicht den Pflegekräften oder Beschäftigten in Arztpraxen sagen, fahrt ihr nur mal voran, wir kommen dann irgendwann nach“, erläutert Kessler-Rosa seine Kritik. Und weil zudem bei der sektoralen Impfpflicht die Gefahr bestehe, dass hochgeschätzte Mitarbeiter in andere Branchen wechseln, fordern Kessler-Rosa und seine Mit-Unterzeichner dringend die Impfpflicht für alle.

Auch Hubertus Seidler würde begrüßen, dass durch eine allgemeine Impfpflicht so etwas wie Gleichbehandlung hergestellt würde. „Ein Signal wäre wichtig, dass jetzt nicht genau auf die Hände geschlagen werden soll, die in der Krise an der Front den Laden am Laufen gehalten haben.“

Mindestens ebenso treiben ihn aber auch ganz pragmatische Fragen um – etwa, was künftig „vollständig geimpft“ heißt. Reichen zwei Impfungen, oder ist auch der Booster zwingend? Und was ist mit jenen, die sich haben impfen lassen, zum Boostern aber auf die für Omikron angepasste Impfstoffversion warten wollen, bei der es dann vermutlich wieder zu Lieferengpässen kommt? Frankreichs Gesundheitsminister Olivier Véran hat gerade angekündigt: Ab Ende Januar gelten neue Regeln in Frankreich: Dann besteht für alle Pflegekräfte und Feuerwehrleute die Pflicht zur Drittimpfung.

ten Betreiber neuer Kernkraftanlagen dazu verpflichtet werden, finanziell das volle Rest-Risiko und die Endlagerung übernehmen zu müssen. Das hätte entscheidende Wirkung auf Investoren, die Atonanlagen in ihr Portfolio aufnehmen wollen“, schlägt FDP-Fraktionsvize Köhler vor.

Die heftige Debatte über die Einstufung von Atomkraft und Erdgas hat vor allem die Sozialdemokraten und Liberalen überrascht. Bei der FDP heißt es in Anlehnung an Olaf Scholz, die Taxonomie-Verordnung, vor allem der Passus zur Atomkraft, sei „nicht kriegsentscheidend“. Denn egal, in welcher Form die Regelung nun in Kraft tritt: Energiepolitik und Energiemix bleiben weiterhin Angelegenheit der Mitgliedstaaten.

Die Einstufung von Atomkraft als nachhaltig bedeutet für Deutschland daher keine Renaissance der Kernenergie. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossen. Zum Jahreswechsel wurden drei weitere Meiler abgeschaltet, am Netz sind nun nur noch drei Atomkraftwerke, die zum Ende dieses Jahres stillgelegt werden sollen. Für einen Wiedereinstieg gibt es in Deutschland keine politischen Mehrheiten und keinen gesellschaftlichen Konsens. Das bedeutet allerdings auch, dass Deutschland den Bau neuer Kraftwerke in den Nachbarstaaten nicht stoppen kann – und das Gros der EU-Mitgliedsländer setzt auf Kernenergie. Die Grünen wollen sich dennoch nicht mit dem Öko-Label für die Kernkraft abfinden – ihre Ablehnung gehört einfach zur DNA der Partei.